

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 03. März 2017

Dringlichkeits-Antrag zur Behandlung im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft am 07.März 2017

Existenz Sozialer Betriebe in München sichern: die Landeshauptstadt fordert weitere Zuerkennung der Gemeinnützigkeit bei „Stattauto“

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt unterstützt die Bemühungen des über das MBQ (Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm) bis 2016 geförderten Sozialen Betriebs „Stattauto“, sich beim Finanzamt für eine Revision des Beschlusses zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit einzusetzen.

Das RAW wird beauftragt, sich mit der Geschäftsführung von „Stattauto“ unverzüglich über die notwendigen nächsten Schritte abzustimmen.

Der Oberbürgermeister wird sich bei der Finanzverwaltung des Freistaats für eine zeitnahe Überprüfung des Vorgangs einsetzen und um Einsicht in den Prüfbericht bitten.

Die Dringlichkeit ist gegeben aufgrund der durch die geforderten und nach anstehenden Steuernachzahlungen unmittelbar drohenden Insolvenz von Stattauto bzw. Spektrum mobil.

Begründung:

Wie der Presse am 24. Feb. 2017 zu entnehmen war (SZ: „Das Münchner Finanzamt bremst Stattauto aus“), soll dem seit 1992 tätigen gemeinnützigen Betrieb „Stattauto“ für die Jahre 2013 und 2014 die Gemeinnützigkeit entzogen werden. Damit werden Steuernachzahlungen von rund 1 Mio. Euro fällig; der gleiche Betrag dürfte dann auch für 2015 und 2016 nachgefordert werden.

Begründung des Finanzamts: bei „Stattauto“ handele es sich um einen normalen Gewerbebetrieb mit Gewinnerzielungsabsicht. Die Merkmale des § 52 Abgabenordnung träfen auf Stattauto nicht zu, da der überwiegende Teil der Geschäftstätigkeit auf keine der aufgelisteten Tätigkeiten entfielen.

Der Betrieb ist über die Spektrum Mobil GmbH und diese wiederum über den Spektrum e.V. mit der evangelischen Kirche verbunden.

Laut „Projekthandbuch MBQ“ des RAW stellt „Stattauto“ rund 16 Plätze für Langzeitarbeitslose (in Form von AGH und BEZ) zur Verfügung, außerdem Ausbildungsplätze, die in den regulären Geschäftsbetrieb der gesamten GmbH eingebunden sind. Bei A24 sind dies etwa 100 bis 120 Plätze (Ausbildung und Umschulung und AGH-Stellen) Die Langzeitarbeitslosen werden von Fachkräften, angestellte Anleiter, Honorarkräfte und Ehrenamtliche betreut.

Mit dieser Entscheidung wäre das Gesamtkonstrukt „Soziale Betriebe“ im MBQ – immerhin etwa 35 Betriebe in München – gefährdet!

Cetin Oraner (DIE LINKE.), Brigitte Wolf (DIE LINKE.)